



Berliner Kinder bei einem naturwissenschaftlichen Experiment: Ohne beständige Erneuerung geht es ökonomisch bergab

WISSENSCHAFTSPOLITIK

Klug aus der Krise?

Während die USA und China gezielt in Bildung und Forschung investieren, droht Deutschland ins Hintertreffen zu geraten. Bundeskanzlerin Angela Merkel sieht die deutsche Innovationskraft als „nächstes großes Thema“, zögert aber bei der Finanzierung.

Darüber, wo all das Geld herkommt, das der Staat derzeit verteilt, hat Sabine Herold klare Ansichten: „Ohne exzellente Naturwissenschaftler hätten wir in Deutschland bald nichts zu verkaufen“, sagt die Chefin des Klebstoffherstellers Delo. Ihre Hightech-Produkte halten jedes zweite Handy und 80 Prozent aller Chipkarten weltweit zusammen.

Herolds weißer Gebäudekomplex an der A 96 westlich von München gehört zu den „Quellen des Wohlstands“, von denen Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) gern spricht: Die 240 Mitarbeiter verwandeln, wie fast alle Stützen der deutschen Wirtschaft, Wissenschaft in Geld.

Das geht nur mit hochqualifizierten Leuten wie Herolds letztem Neuzugang, einem Diplomphysiker, den sie vom renommierten Max-Planck-Institut für Plasmaphysik in Garching rekrutiert hat.

Doch auch bei Delo sind die Aufträge um 40 Prozent gegenüber dem Vorjahr zurückgegangen. Kann sie ihre Forscher halten? Sabine Herold formuliert eine Warnung, die sie auf die ganze Republik

münzt: „In einer Wirtschaftskrise an der Forschung zu sparen wäre tödlich.“

Genau das könnte, zahlreichen Willensbekundungen zum Trotz, nun aber passieren. „Wir rechnen für 2009 mit einem deutlichen Einschnitt bei Forschung und Entwicklung, besonders bei kleinen und mittelgroßen Firmen“, heißt es beim Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) in Mannheim. „Es besteht die Gefahr, dass die Konjunkturpakete auf Kosten von Bildung und Forschung finanziert werden“, warnt Peter Gruss, Präsident der Max-Planck-Gesellschaft.

Bevor man Wissenschaft in Geld verwandeln kann, muss man Geld für Wissenschaft zur Verfügung stellen. Während aber für die Abwrackprämie kurzfristig Milliardenbeträge aus dem Ärmel geschüttelt werden, ringen die Wissenschaftsminister von Bund und Ländern derzeit wieder um jeden Euro.

Ein Investitionspaket in Höhe von rund 16 Milliarden Euro bis 2018 haben sie in Planung. Neue Runden beim Hochschulpaket, beim Forschungspaket und bei der Ex-

zellenzinitiative sollen die jungen Deutschen klüger machen, die Spitzenforscher beflügeln, die besten Hochschulen noch besser werden lassen und der Wirtschaft fähigen Nachwuchs heranbilden. Zudem wollen die Minister bald darlegen, wie sich die Investitionen in Bildung und Forschung bis 2015 von 8,6 auf 10 Prozent des Bruttoinlandsprodukts erhöhen lassen.

Weil aber die Steuereinnahmen massiv schrumpfen und Bankenrettungsmilliarden zu Buche schlagen, werden viele Finanzminister derzeit gegenüber ihren Wissenschaftskollegen wortkarg, wenn es um neue Ausgaben geht.

Wortführer der deutschen Wissenschaft fragen sich deshalb, ob Kanzlerin Merkel und die Ministerpräsidenten inmitten der Wirtschaftskrise die Großinvestitionen stemmen wollen: „Mich irritiert, dass man nicht mit dem gleichen Mut und der gleichen Kraft an die Konjunkturpakete“, sagt Hans-Jörg Bullinger, Präsident der Fraunhofer-Gesellschaft, die mit staatlicher Unterstützung Anwendungsforschung für Un-

ternehmen betreibt. Die Grundlagen des Wohlstands würden „von der Politik nicht in der gebotenen Dringlichkeit behandelt“.

Vor allem die USA stecken auch Konjunkturmittel direkt in Bildung und Forschung – 9 Milliarden Dollar für Forschung, 91 Milliarden für Bildung und Schulsanierung. Die deutschen Konjunkturpakete dagegen enthielten „nur wenige Bestandteile, die Forschung und Innovation maßgeblich fördern“, kritisieren die Innovationsberater der Regierung um den Ökonomen Dietmar Harhoff.

Intern teilt die Kanzlerin die Kritik, obwohl sie die Kritisierte ist. Die Innovationskraft müsse „das nächste große Thema“ werden, sagt sie. Die Welt nach der Krise würden Länder wie etwa China prägen, die ihr Geld in zukunftssträchtige Bereiche lenken. Die Einsicht ist da: Ohne kluge Menschen, ohne beständige Erneuerung, ohne

Münchner BMW-Zentrale bevölkert. Die Belegschaft fiebert gerade der Zulassung ihres Krebswirkstoffs entgegen. Lindhofers Leute können Antikörper konstruieren, die zwei Typen Immunzellen gezielt an Tumore binden. Wenn das gutgeht, bleibt von den Krebszellen nicht viel übrig.

Bald könnte es der erste gentechnisch erzeugte Antikörper aus Deutschland auf den Markt schaffen. Einen positiven Vorbescheid gibt es schon. Zunächst wäre der Wirkstoff nur für Patienten im Endstadium erlaubt. Doch Lindhofer sieht großes Potential für alle Phasen von Krebs, sogar für eine Impfung von Erkrankten.

Trion hatte einen entscheidenden Vorteil. Der Gesundheitskonzern Fresenius hat die Firma über die Jahre stabil finanziert. „Wir hatten ideale Wachstumsbedingungen, weil wir nicht auf Risikokapital angewiesen waren“, sagt Lindhofer. Dagegen

schaftskrise verschärft nun die Probleme. 2008 investierten sämtliche Wagniskapitalisten, private wie öffentliche, 92 Millionen Euro in der frühesten Phase der Gründungen, eine lächerliche Summe. Die Bundesregierung versucht mit eigenen Fonds gegenzusteuern. Laut ZEW ein „klassischer Fall von Marktversagen“.

Vorschläge, wie der Staat innovativen Firmen effektiv beistehen könnte, liegen längst vor. So könnte Forschung steuerlich belohnt werden, etwa durch die Möglichkeit, Wissenschaftsausgaben zu 110 oder 120 Prozent geltend zu machen.

„Wir sind umzingelt von Ländern, die Investoren mit Forschungsprämien anlocken“, klagt Sygnis-Chef Bach. „Eine steuerliche Forschungsförderung würde viel tiefer wirken und mehr Firmen ansprechen als all die politischen Projektmittel des Staates“, sagt Delo-Chefin Herold.



Ministerin Schavan im Elektro-Smart in Berlin, Unternehmerin Herold: „In einer Wirtschaftskrise an der Forschung zu sparen wäre tödlich“

Grundlagenforschung geht es ökonomisch, demografisch, kulturell bergab. Die Rezession könnte das beschleunigen.

Doch wann folgt der Einsicht der Einsatz? „Wer etwas für Wissenschaft und Innovation tun will, muss es jetzt tun, nicht nach der Wahl, wenn das große Sparen beginnt“, sagt Max-Planck-Präsident Gruss.

Die Forscher warten allerorts auf das Signal zum Aufbruch. Ein gewaltiges Erneuerungspotential könnte befreit werden – nicht nur von einem Mangel an Geld. Deutschland leistet es sich nämlich, seinen hellsten Köpfen Fesseln anzulegen.

Dabei machen Firmen wie Trion Pharma vor, was möglich ist. Ihr Chef, Horst Lindhofer, zog nach dem Abitur zunächst drei Jahre mit seiner Band United Balls durchs Land. Er landete mit „Pogo in Togo“ einen internationalen Hit. „Dann überredete mich mein Vater, doch etwas Gescheites zu machen, ein Biologiestudium“, sagt er.

Linhofers Promotion über Antikörper am Münchner Zentrum der Helmholtz-Gemeinschaft führte dazu, dass er nun mit 140 Mitarbeitern ein Hochhaus nahe der

spüren die meisten anderen Unternehmer, die in Deutschland etwas Neues wagen, jeden Tag enge Fesseln.

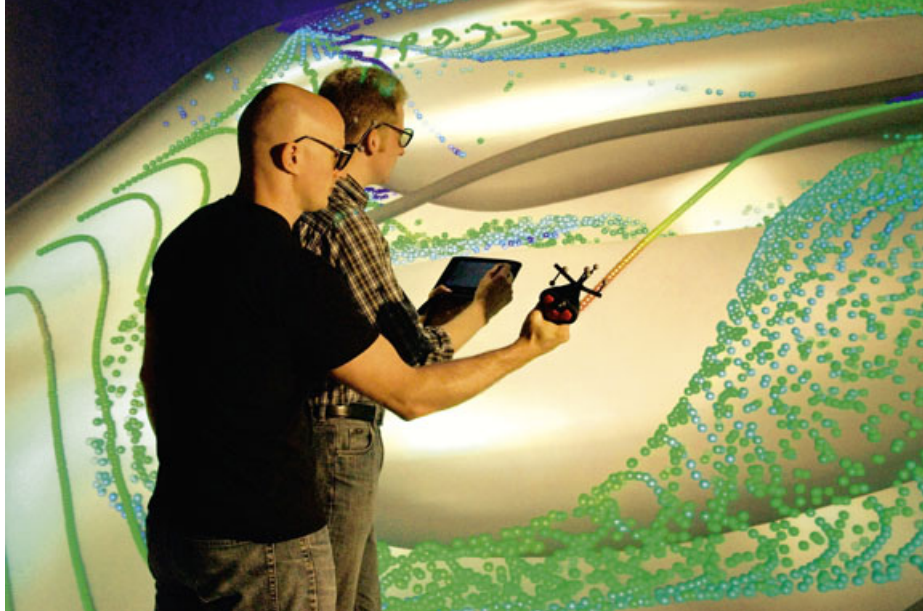
Zum Beispiel Alfred Bach von der Heidelberger Firma Sygnis. Seine 35 Wissenschaftler erforschen Wirkstoffe, die bei Schlaganfall und Demenz den Selbstschutz des Gehirns stärken. Aber oft fühlt Bach sich selbst schutzlos. „Wir müssen viele Projekte auf Eis legen, weil wir kein frisches Kapital bekommen“, sagt er. Die zwölf Millionen Euro Eigenmittel werden für die klinische Studie an 350 Schlaganfallpatienten gebraucht. „Wenn wir mehr Geld hätten, könnten wir auch andere Wirkstoffe auf den Weg in die Markteinführung schicken“, sagt Bach.

In Risikokapital ist Deutschland in den vergangenen Jahren geschwommen. Nur floss es in Derivate und US-Immobilien, nicht in Innovation. Auch deshalb ist seit Jahren die Zahl der neugegründeten Unternehmen rückläufig. Nur acht Prozent aller Neugründungen kommen aus der Hochtechnologie, hat das ZEW festgestellt – eine Konjunkturbremse. Die Wirt-

Bundesforschungsministerin Annette Schavan (CDU) stellt nun in Aussicht, Start-up-Unternehmen generell von Abgaben zu befreien und steuerliche Forschungsprämien einzuführen. Doch ihre Parteifreunde beschäftigt viel leidenschaftlicher die Frage, wie Wirtshäuser begünstigt werden können. Und die Finanzminister bringen gegen Forscherprivilegien vor, dass bestimmt Privat-Porsches als Forschungsausgabe getarnt würden.

Irgendwie trifft solch staatliches Misstrauen die Falschen: Erfinderische Geldjongleure hatten freie Hand. Erfinderische Forscher aber werden in Manndeckung geprüft. Wie wäre es, die Finanzwelt so an die Kandare zu nehmen wie bisher die Forscher, dafür aber die Forscher in die Freiheit zu entlassen? Eine halbe Stunde S-Bahn-Fahrt vom Regierungsviertel entfernt kann man in der Wissenschaftsstadt Adlershof erahnen, was das auslösen würde.

Die Fahrt ist eine Zeitreise. Man kann in die Zukunft blicken. Auf engem Raum sind Wissenschaftler von Humboldt-Universität, Spezialinstituten und rund 400 Technolo-



PETER WINANDY / DAS FOTOGARCHIV

Studenten bei Computersimulation an der RWTH Aachen: „Einäugiger unter den Blinden“

giefirmen konzentriert. Sie entwickeln Solarzellen, stellen neue Lasergeräte her – hier wächst, von was Deutschland leben wird, wenn Traditionsfirmen pleite sind.

Zugleich geht diese Exkursion aber in die Vergangenheit. Menschen wie Falk Fabich vom Präsidium der Leibniz-Gemeinschaft können von Zuständen berichten, die an einen Bürokratenstaat erinnern. „Wir werden von der Politik mit der einen Hand getätschelt und mit der anderen regelrecht stranguliert“, sagt Fabich.

Wenn die Wissenschaftler etwa durch ihre Forschung Geld verdienen, wird es vom Budget abgezogen. „Also versuchen die meisten, Einnahmen zu vermeiden“, sagt Fabich. Wenn ein neues Gerät nötig ist, dürfen die Institute nicht darauf sparen. Sie müssen warten, bis das Geld in einem Haushaltsjahr als Batzen zur Verfügung steht. „Daran scheitern wichtige Anschaffungen“, sagt Fabich. Wenn ein preisgekrönter Juniorprofessor mit brutto 3100 Euro auskommen muss und aus Amerika das Doppelte angeboten bekommt, ist ein lukratives Gegenangebot unmöglich.

Max-Planck-Institute haben bereits etwas von dem Spielraum, nach dem die Leibniz-Forscher in Adlershof und anderswo lechzen. Auch deshalb haben sie 17 No-

belpreisträger hervorgebracht, haben durch 86 Firmenausgründungen über 2000 Arbeitsplätze geschaffen.

Warum geht es nicht überall so? Weil Kanzlerin Merkel es ihren Ministern Steinbrück und Schäuble erlaubt hat, das „Wissenschaftsfreiheitsgesetz“ aus dem Ressort Schavan zu blockieren. Bis die Regierung handelt, bleiben Spitzenforscher in das kleine Karo der Behördenregeln gepresst.

Immerhin bemühen sich deutsche Hochschulen inzwischen aktiv darum, die Besten aus aller Welt zu behalten oder anzuwerben. Deshalb ist so zentral, wie es mit der „Exzellenzinitiative“ weitergeht.

Mehr als 4000 Stellen für Wissenschaftler sind durch den Einzug des Elitedenkens in die Hochschulpolitik neu entstanden. 1,9 Milliarden Euro von Bund und Ländern fließen bis 2011, um an ausgewählten Hochschulen die Stärken zu stärken. An der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule (RWTH) in Aachen kann man sehen, wie gut investiert dieses Geld ist.

Auf einem Hügel am Rande der Stadt arbeiten 75 Menschen und große Maschinen in einem der drei „Exzellenzcluster“, mit denen Aachen im Wettbewerb gewonnen hat. Die Ingenieure erforschen „Integrative Produktionstechnik für Hochlohnländer“.

Sie wollen wissen, wie man die Produktion verbessern kann, damit nicht noch mehr Firmen nach China oder Indien ziehen. Sie wollen den Produktionsstandort Deutschland retten. „30 Millionen Toaster können sie leicht billig herstellen, aber wir schauen auf individualisierte Produkte, wie sie heute immer häufiger nachgefragt werden“, sagt Exzellenzmanager Lutz Oliver Schapp. Es gehe um Wege, „die Variabilität in den Produkten zu steigern, aber zu Kosten einer Massenproduktion zu produzieren“.

Ernst Schmachtenberg, der Rektor der RWTH, erzählt von Aufbruchstimmung. „Wir haben es nun leichter, ausländische Studenten oder Professoren zu gewinnen“, sagt er. 180 Millionen Euro bringt ihm die Exzellenzinitiative, das sind aufs Jahr gerechnet immerhin rund fünf Prozent des Budgets. „In Deutschland bin ich jetzt – finanziell gesehen – ein Einäugiger unter den Blinden“, sagt Schmachtenberg. Deshalb ist fraglich, ob die Steigerung von 1,9 Milliarden Euro auf 2,5 Milliarden, die Deutschlands Wissenschaftsminister anstreben, ausreicht. Im Vergleich sind noch immer andere Könige.

Wie die Eidgenössische Technische Hochschule Zürich (ETH). Sie hat ein Jahresbudget von 830 Millionen Euro, bei 368 Professoren und 14 000 Studenten. Der RWTH stehen inklusive Exzellenzinitiative 611 Millionen Euro zur Verfügung, bei 450 Professoren und gut 30 000 Studenten.

ETH-Vizepräsident Peter Chen ist überzeugt, dass Deutschland viel mehr braucht als eine Exzellenzinitiative. Der gebürtige Amerikaner war einer der Juroren der deutschen Exzellenzinitiative. „Die Infrastruktur vieler deutscher Universitäten ist marode“, sagt er, „für die Wissenschaft von morgen brauchen sie eine Rundumerneuerung.“ Chen hat beobachtet, dass die Politik in Deutschland viel zu großen Einfluss auf die Forschungsförderung nimmt. „Wenn wir hier darauf warten müssten, dass die Politik ein neues wissenschaftliches Thema sieht, dann wäre es schon verbrannt“, sagt er. Das Geld solle am besten direkt in die Forschung fließen, wie sie von der DFG gefördert wird.

Zu wenig Freiheit, zu wenige Ausländer, zu wenig „Power für Neues“ – Chens Diagnose ist hart. Ein gutes Wort hat er doch für Deutschland übrig: „Die Max-Planck-Gesellschaft ist unser stärkster Konkurrent in Europa“, sagt er.

Doch während Chen in Basel ein nagelneues Zentrum für synthetische Biologie errichtet hat, ein Zukunftsfeld, bei dem es um künstliche Zellen und Organismen geht, weiß Max-Planck-Präsident

Gruss nicht, woher er Geld für ein neues Institut exakt zu diesem Thema nehmen soll. „Ich habe phantastische Projekte in der Schublade“, sagt der 59-jährige Biologe. Nur gehen alle Mittelsteigerungen, die er vom Staat bekommt, für Tarifierhöhun-



Firmenchef Lindhofer
Gentechnisch erzeugte Antikörper

Altes Wissen – junges Wissen

Differenz zwischen dem Anteil der jüngeren und älteren Akademiker an der Bevölkerung in Prozentpunkten

Mehr ältere
Akademiker
(55- bis 64-Jährige)

Mehr jüngere
Akademiker
(25- bis 34-Jährige)

DER SPIEGEL



Deutschland 1

Japan	31
Frankreich	25
Großbritannien	13
Niederlande	11
USA	1

Quelle: OECD 2008

gen oder Energiekosten drauf. Fünf Prozent mehr pro Jahr brauche er beim Pakt für Forschung, „um wirklich etwas Neues zu machen“, sagt Gruss. Nach der Logik der Gewerkschaftsbosse müsste er zehn Prozent verlangen, damit er fünf bekommt. Wissenschaftsfunktionäre sind da viel zu schüchtern im Ton.

Deshalb ist es überraschend zu sehen, wie Gruss die Halsader schwillt, wenn er über das Krisenmanagement in Berlin spricht: „Kurzfristige Maßnahmen ersetzen nicht das, was in den kommenden Jahren das Wohlergehen der Gesellschaft sichert“, sagt er. Wenn wegen der Krise an der Wissenschaft gespart würde, bedeute das, „dass Deutschland nicht auf Zukunft setzt und bald zum Imitatordasein verdammt sein wird, während China aufholt“.

Gruss hat eine Liste parat, an was er sparen müsste, wenn die Politiker ihm ein

Eva-Maria Schötz, 29, die mit ihren Plattwürmern heute nicht in Deutschland, sondern an der renommierten Princeton University in den USA arbeitet.

Die Physikerin will die Erneuerungskraft des Lebens ergründen: „Warum kann man die Würmer in hundert Teile zerhacken, und es entstehen hundert Würmer?“ Es ist eine Frage zweckfreier Grundlagenforschung, die unmittelbar keine Arbeitsplätze schafft. Hat Schötz Erfolg, sieht die Pharmaindustrie das bestimmt anders.

Die junge Frau fand hierzulande beste Förderung. Doch nach der Promotion kam die Ernüchterung: „An deutschen Universitäten sind solche aufwendigen Forschungen kaum möglich“, sagt Schötz. Princeton aber bot ihr sofort eine Million Dollar.

„Die hatten den Mut, einem jungen Menschen wie mir etwas zuzutrauen“, sagt sie. Das Arbeitsfeld sei unschätzbar wert-

ten schon an deutschen Schulen unterwegs. Die Wirkung der Initiativen in der Fläche bleibt aber aus.

Bei der Leistungskurswahl dümpeln Chemie und Physik um zehn Prozent. Das Leibniz-Institut für die Pädagogik der Naturwissenschaften fordert, die Welt der Wissenschaft von der ersten bis zur letzten Klasse mit sechs Stunden pro Woche zu vermitteln, möglichst lebensnah.

Unterricht müsste eben überall so gut sein wie am Heinrich-Hertz-Gymnasium in Berlin. Reihen gerahmter Urkunden begrüßen den Besucher, vom Bundeswettbewerb Mathematik über „Jugend forscht“ bis zu den Physik-, Chemie- und Biologieolympiaden. Im Leistungskurs können die ersten Scheine für das Grundstudium erworben werden. Im „Erfinderclub“ lassen sich eigene Ideen umsetzen. „Etwa 75 Prozent unserer Schüler entscheiden sich für



> Jeden Monat 1 Euro geschenkt!

- Kostenloses Girokonto ab einem mtl. Geldeingang von 1.250 Euro
- 1 Euro Auszahlung jeden Monat
- Kostenlose ec-/Maestro- und VISA-Karte
- Weltweit kostenlos Bargeld abheben¹
- Inklusive kostenlosem Tagesgeld PLUS-Konto

¹Im Ausland an Geldautomaten mit der VISA-Karte, im Inland mit der ec-/Maestro-Karte an über 7.000 Geldautomaten der Cash Group.



www.comdirect.de

oder 01803 - 44 45

(0,09 Euro/Min. aus dem Festnetz der DT. Telekom)

.comdirect
Ihr Geld kann mehr

Plus von fünf Prozent verwehren: „Zuerst würden unsere Nachwuchsgruppen leiden, dann die Förderung exzellenter Wissenschaftlerinnen, dann die Forschungsgruppen für Spitzenforscher aus aller Welt.“

Also alles, von dem Deutschlands Zukunft abhängt. Schon weil bald zwei Erwerbsfähige einen Rentner ernähren sollen, ist es existentiell, das akademische Potential nicht mehr zu verschleudern.

Dass der Hochschulpakt II nun 275 400 neue Studienplätze ermöglichen soll, kann nur der Anfang einer Großoffensive sein: Das Bildungssystem führt zu wenige Arbeiter- und Migrantenkinder zum Abitur und zu wenige Frauen in technische Studiengänge. Von den angehenden Ingenieuren bricht jeder vierte ab. Denen, die übrigbleiben, präsentiert sich die Universität oft als unattraktiver Arbeitgeber. Potente Nachwuchskräfte wandern aus. Wie

voll: „Ich kann mich mit Leuten aus der ganzen Welt austauschen.“ Eine 29-jährige Hochqualifizierte, die es nicht in Deutschland hält, ist ein Normalfall in der globalisierten Wissenschaft. Tausende solcher Fälle summieren sich zum ernsthaften Problem. Vorboten eines Mangels an kreativen und klugen Menschen sind schon zu spüren. Trotz Krise stehen 50 000 Ingenieurstellen offen – braches Potential.

Wie kann es sein, dass ein Land den Beruf, dem es maßgeblich seinen Wohlstand verdankt, so geringgeschätzt? Die meisten Ingenieure gingen der Gesellschaft ganz früh verloren, sagt Joachim Milberg, Chefberater von Kanzlerin Merkel für Innovation. „Schon im Alter bis zwölf Jahre werden die wichtigsten Weichen zum späteren Beruf gestellt.“ Mit Chemiekästen und Experimentierstationen sind Wirtschaft und Wissenschaft in mehr als 800 Projek-

ein entsprechendes Studium“, sagt Schulleiterin Bärbel Cohaus.

Im Jahr vor der Wirtschaftskrise entgingen deutschen Firmen mangels Fachkräften bereits 28,5 Milliarden Euro. Das Schrumpfen und Altern der Bevölkerung könnte diese Ausfälle ins Astronomische steigen lassen. Jeder Tag, an dem an deutschen Schulen nicht intensiver und guter Wissenschaftsunterricht läuft, ist da ein gigantisches Anti-Konjunktur-Paket.

Was es nicht alles aufzubrechen gälte bei Schulreformen, Wissenschaftsfreiheit, Hochschulinvestitionen, Forschungsprämien, um das Land für den Weg aus der Krise aufzustellen: Warum aber steht dann Angela Merkels verantwortliche Ministerin, Annette Schavan, nicht als Retterin im Rampenlicht? Warum wissen nur 24 Prozent der Bürger, für was sie zuständig ist? Schavan hat fast alles besser gemacht als

ZEITGESCHICHTE

Krieg der Lügen

Aktenfunde belegen, wie das Bundeskriminalamt und das Stuttgarter Landeskriminalamt die RAF mit einer Desinformationskampagne bekämpfen wollten.

ihre Vorgänger. Sie hat das Budget des Forschungsministeriums von 7,9 Milliarden auf 10,2 Milliarden Euro gesteigert. Sie hat Schwerpunkte wie Sicherheits- und Demenzforschung gesetzt, mit 200 Professorinnenstellen Versäumnisse überwunden.

Doch zu oft hat die CDU-Politikerin verloren wie beim Wissenschaftsfreiheitsgesetz, weil sie konfliktscheu ist und die Berliner Rituale nicht mitspielt. „Das bin ich nicht“, sagt sie über das Aufplustern und Streitsuchen ihrer Ministerkollegen. Nett mag das sein, erfolgversprechend nicht.

Zudem begnügt sie sich bei Auftritten zu sehr mit dem Phrasengeschnitzelten, das ihr aus dem Ministerium vorgelegt wird. Schavan spricht damit nicht die Bevölkerung an. Sie müsste nun die unbequeme Advokatin der Jugend sein. Sie könnte thematisieren, dass die Renten so stark steigen wie seit Jahren nicht mehr, aber deutsche Forscher wegen Niedriglöhnen das Land verlassen. Weil die Jungen die Monsterschulden abzahlen sollen, haben sie jetzt ein Anrecht auf jeden freien Euro, könnte sie sagen.

Doch die Ministerin wirkt wie vom Alltag entrückt. Wenn es rau wird, redet sie über die Streitigkeiten hinweg. An ihr liegt es nun aber, die Kanzlerin und die Ministerpräsidenten bis zum 4. Juni, wenn sich deren Entscheiderrunde zum letzten Mal vor der Bundestagswahl trifft, zu einem schnellen, großen, teuren Zukunftspaket zu bewegen. Ihr steht der wichtigste Bewährungstest bevor, während andere Minister ihre Bilanzen auf Hochglanz bringen. Es geht darum, aus Lippenbekenntnissen ein finanziertes Paket zu machen, in einer Größenordnung von mindestens 50, 60 Milliarden Euro mehr bis 2015. Nicht trotz, sondern wegen der Krise.

Es gibt Unternehmer wie Bernd Münstermann, die dem Staat nun vormachen, was zu tun ist. Der 56-Jährige ist wie der Klebstoffhersteller Delo ein typischer Mittelständler aus der Provinz. Mit seinen 270 Mitarbeitern baut Münstermann industrielle Trocknungsanlagen, „nichts von der Stange“, wie er sagt, sondern Hightech-Geräte für Kunden in aller Welt.

Münstermann hat aus der Flaute der neunziger Jahre gelernt. Damals bauten viele Unternehmen Know-how ab. Die Firmen wurden schlank – und schwach. Als dann endlich die Konjunktur wieder anzog, fehlten ihnen die Fachkräfte. Das soll ihm nicht passieren. Die Aufträge in der Maschinenbaubranche sind im Februar im Vergleich zum Vorjahr um bis zu 50 Prozent eingebrochen. Und was macht Münstermann?

Er bildet beharrlich neuen Nachwuchs aus. Er hat, ganz gegen den Trend, die Zahl seiner Ingenieure von 40 auf 60 aufgestockt. „Wenn es wieder aufwärts geht, können wir sofort durchstarten“, sagt er.

ALEXANDER JUNG, ANIKA KRELLER,
HILMAR SCHMUNDT, CHRISTIAN SCHWÄGERL,
MARKUS VERBEET



BKA-Chef Herold 1974, RAF-Anschlag auf deutsche Botschaft*: „List ist erlaubt“

Er war eine der meistgefährdeten Personen der Republik, sein Haus glich einer Festung, er führte ein Leben im Fadenkreuz derer, die der Staatsmacht den Krieg erklärt hatten: Horst Herold, von 1971 bis 1981 Chef des Bundeskriminalamts (BKA), RAF-Jäger, Apologet der Rasterfahndung. Noch im Ruhestand bekam er Personenschutz, fühlte sich der Terroristenjäger von Terroristen gejagt.

Wie weit Herold selbst bei seiner Jagd zu gehen bereit war, belegen Dokumente aus den siebziger Jahren, die das Innenministerium Baden-Württemberg jetzt nach über zweijährigen Bemühungen von SPIEGEL TV freigegeben hat.

Es sind Dokumente, die erstmals einen Blick erlauben auf die Planspiele der Fahnder. Sie machen deutlich, unter welchem Druck die Sicherheitsbehörden standen – und welche rechtlich fragwürdigen Ermittlungsmethoden sie ausbrüteten.

Eines dieser Dokumente stammt vom 31. August 1976. Ulrike Meinhof hat sich vier Monate zuvor in ihrer Zelle erhängt, Andreas Baader und Gudrun Ensslin stehen vor Gericht. Es ist der „Gesamtlagebericht Terrorismus“, den BKA-Chef Herold unter der Geheimhaltungsstufe „VS-Vertraulich“, Tagbuch-Nummer 136/76, dem Bundesinnenminister vorlegt. Um „neue entscheidende Schläge gegen die Terroristenzene“ führen zu können, so seine Analyse, „werden verstärkt nachrichtendienstliche Mittel notwendig sein“. Die „Bekämpfungsinstrumente müssen kreativ weiterentwickelt werden“.

Wie kreativ Herold war, ist zum Teil bis heute geheim gehalten worden – aus Sicht der Strafverfolger mit gutem Grund. Denn zwischen den mit roten „Geheim“-Stempeln übersäten Aktendeckeln, die jetzt im Hauptstaatsarchiv Stuttgart für Historiker aufbereitet werden, finden sich erstaunliche Papiere. Sie zeigen, wie manche Beamte die Aufforderung von Kanzler Helmut Schmidt interpretierten, „bis an die Grenzen des Rechtsstaates“ zu gehen.

So hat Horst Herold schon im Oktober 1975, ein halbes Jahr nach dem tödlichen RAF-Überfall auf die deutsche Botschaft in Stockholm, „Grundsätze der Desinformation zur Terrorismusbekämpfung“ ausarbeiten lassen. Das Konzept verschickte der BKA-Boss unter eigenem Briefkopf (Aktenzeichen „PR-50/75 geheim“) an Ministerialdirigent Alfred Stümper im baden-württembergischen Innenministerium.

Auf drei eng beschriebenen Seiten wird im Anhang zunächst der Begriff erläutert: „Desinformation ist ein neu zu schaffendes Kampfmittel, das neben die bisherigen Formen der Bekämpfung kriegsähnlicher Aktivitäten tritt.“ Gefälschte Nachrichten sollten durch „Einschleusung in Presse, Rundfunk, Fernsehen“ oder in das RAF-Umfeld plazierte werden. Dienen sollten die Maßnahmen dem „Eindringen in gegnerische Gruppierungen mit dem Ziel der Störung und Zerstörung“, unter anderem „durch Entheroisierung der Terroristen“. Dies sollte

* Am 24. April 1975 in Stockholm.